Politische Theorien – Von der Antike bis zur Gegenwart

Die frühen politischen Theorien scheinen unserem gegenwärtigen Verständnis von Politik zunächst fremd, doch enthalten sie entscheidende Impulse und Gegenpole für die Entwicklung Europas. Nun stellt sich die Frage, welche Elemente früherer Staatstheorien, beginnend in der Antike, als Abgrenzung oder Denkanstoß aufgenommen wurden für das politische Denken der Moderne.

In der politischen Philosophie geht es nicht darum, wie Politik wirklich ist, sondern wie sie sein sollte. Welche politischen Ziele sind – unter welchen Bedingungen – sinnvoll und gerechtfertigt? Welche Mittel zur Durchsetzung solcher Ziele sind (wann) legitim (moralisch zu vertreten) ? Dies sind die allgemeinsten und auch wichtigsten Fragen, mit denen sich Philosophen seit langem und bis in die heutige Zeit beschäftigen.
Ihre Wurzeln hat die politische Philosophie in der griechischen und römischen Antike. Wichtige Werke dieser Zeit stammen von Aristoteles und Cicero.

Aristoteles bezeichnet eine Kombination und Mischung von aristokratischen und demokratischen Elementen als optimal (Mischverfassung). Zudem beeinflussten seine Ansichten von Individualität und Sozialität maßgeblich die nachfolgenden Staatstheoretiker. Seine Denkansätze zur „Gewaltenteilung“ und zum Gleichheitsprinzip sollten noch Jahrhunderte nach seinem Tod nichts von ihrer Aktualität verloren haben.
Auch der Römer Cicero stellte staatstheoretische Überlegungen an. Mit der „de re republica“ verfasste er das politische Werk der Römer überhaupt.

Das zentrale Thema des politischen Denkens des Mittelalters schlechthin, ist das Verhältnis des Staates zur Kirche. In dieser Zeit war die Philosophie durch die Vorstellung eines gottesfürchtigen Staates geprägt. Besonders Augustinus schrieb über den Gottesstaat in seinem Werk. Er räumte ganz klar der Kirche die Vormachtsstellung ein. Der Staat sollte lediglich der Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung dienen aber keine Führungsrolle übernehmen, denn diese sollte der geistlichen Macht zukommen. Diese Theorie steht im starken Kontrast zu den heutigen Vorstellungen und liefert keine nennenswerten Denkanstöße für künftige Zeiten.

In der Neuzeit erfolgt eine Verweltlichung der politischen Ordnungsvorstellungen. Der Mensch beginnt mehr und mehr in den Vordergrund zu rücken. Eine zentrale Rolle in dieser Zeit spielte Niccolò Machiavelli, der im 16. Jahrhundert lebende Staatstheoretiker läutete die Epoche der Neuzeit ein. In seinem Werk ist die Stabilität das Staatsziel und unethisches Verhalten ein Mittel zur Erhaltung des Gemeinwohls. Der Herrscher soll die Menschen in seinem Land schützen, wenn nötig auch mit unmoralischem Verhalten, erst dann kann er ihr Vertrauen gewinnen. Die Idee von der Teilung der „Macht“ greift Machiavelli noch nicht auf. Allerdings gibt es in seiner Theorie bereits Menschen- und Bürgerrechte. Der Staat in der Beschützerrolle lieferte jedoch einen wichtigen Denkanstoß für die Zukunft.

Ein Jahrhundert später ist Hobbes der bedeutendste politische Denker. Er vertritt die Ansicht, dass sich der Staat nur durch die Sicherheit die er schafft, legitimiert wird. Die staatliche Gewalt legitimiert sich somit nicht nur durch eine Übereinstimmung mit dem göttlichen Willen und auch nicht durch das Gottesgnadentum, die Macht des Staates bleibt aber unbegrenzt. Desweiteren sollte es eine Volksvertretung geben, welche die Interessen des Volkes vertritt. Die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung als

Legitimationsgrundlage ist vollkommen ausreichend und ist in ähnlicher Form auch heute noch präsent.

John locke vertritt das Gegenteil von Thomas Hobbes. Für ihn hat jeder Bürger das Recht auf Leben, Freiheit und Eigentum, der Staat dient zur der Bewahrung der Güter. Auch diese Ideen wurden in künftige Staatstheorien übernommen und weiterentwickelt. Mit Locke hält zudem die Idee der Gewaltenteilung erneut Einzug in die politischen Vorstellungen der Menschen. Er trennte als erster die Exekutive von der Legislative.

Gleichzeitig mit Locke traten zwei weitere einflussreiche Philosophen auf: Charles de Montesquieu und Jean Jacques Rousseu.
Montesquieu formulierte Teilung der Gewalt in Legislative, Judikative und Exekutive um so einem Machtmissbrauch durch Einzelne vorzubeugen.
Rousseu ging sogar noch weiter und formulierte die Ideen von John Locke und Montesquieu weiter aus. Falls sich seinen Ideen keiner anpasst, wird auch mit Zwangswille durchgegriffen. Diese radikalen Ansichten sind bis heute jedoch stark umstritten. In seinen Augen solle alle Staatsgewalt vom Volk ausgehen und die „Regierenden" sollen sich nach dem Willen des Volkes richten.

In besonderer Weise haben jedoch die modernen Ordnungsvorstellungen das politische Denken der Moderne geprägt und beeinflusst. Der erste bedeutende Vertreter dieser Zeit ist Joseph Schumpeter mit seiner modernen Konkurrenztheorie. Er setzte sich intensiv mit dem Kapitalismus auseinander und hielt diesen für nicht überlebensfähig. Er forderte eine repräsentative Elite und zog damit Parallelen zu den Theorien des Mittelalters. Er kritisierte die Politikverdrossenheit der Menschen und die fehlende Konkurrenz zwischen den Parteien. Die Kritik am Kapitalismus und der Teilnahmslosigkeit der Bürger kann als Denkanstoß für die Gegenwart gewertet werden.

Die Totalitarismus Theorie vergleicht seit ihrem Aufkommen im 20. Jahrhundert die Systeme des Stalinismus mit dem Faschismus. Obwohl beide Theorien sich offen bekämpfen zeigen sie eine Reihe von prägnanten Ähnlichkeiten. Beide wirken in alle sozialen Verhältnisse und sind Massenorganisationen. Sie fordern eine rege Beteiligung am Staatsleben und potentielle Gegner werden in beiden Staatstheorien angegrenzt.
Obwohl man annimmt, dass in Deutschland die Phase der totalitären Ansätze überwunden ist, gibt es sie jedoch noch in anderen Ländern dieser Welt.
Die totalitären Ansätze kann man als starke Abgrenzung gegenüber der Moderne sehen, denn keine anderen „Theorien" haben derartige Verbrechen verursacht.

Den heutigen politischen Ordnungsvorstellungen ist wohl die Pluralismustheorie von Fraenkel am ähnlichsten. Der Staat nimmt eine Nachtwächterfunktion ein und oberstes Ziel ist die Erhaltung des Pluralismus, der Interessenvielfalt. Genau wie das Recht auf Opposition können wir auch die anderen Ansichten in den heutigen Philosophien noch wiederfinden.

Wie man sehen konnte wurden einige Elemente früherer Theorien, wie zum Beispiel gottgewollte Macht, ganz verworfen. Andere wurden stets weiterentwickelt, auch wenn diese Entwicklung zeitweise ins Stocken geriet. Keine Staatsform oder politische Theorie ist perfekt und die Suche geht weiter, aus Denkanstößen früherer Zeiten wird Neues entworfen, von anderen distanziert man sich ganz, doch wieder andere wird man für immer beibehalten.